

# Populismus und Aufklärung

Herausgegeben  
von Helmut Dubiel

Der Begriff »Populismus« ist zum semantischen Kraftfeld kontroverser Zeitdiagnosen geworden. Dieser bezieht sich auf die dramatisch gestiegene Abhängigkeit staatlicher Autorität und Legitimität von den »vorpolitischen« Ängsten, Ansprüchen und Glückserwartungen der Bürger. Moderne politische Herrschaft ist durch Legitimationsabhängigkeit definiert. Kein politisches System kann sich unter den Bedingungen moderner Demokratien auf Dauer stabilisieren, das nicht in der Lage ist, sich seiner Legitimität in den Köpfen und Herzen der Massen zu versichern. Dies impliziert die Gefahr, daß sich politische Eliten auf die Schürung irrationaler Leidenschaften und Ressentiments, auf die zynische Ausnützung einer unaufgeklärten Mehrheitsmeinung spezialisieren. Auf der anderen Seite wissen wir, daß derjenige, der annimmt, daß die Bewußtseinsverfassung der Bürger den politischen Eliten restlos zur Disposition steht, kein Kriterium mehr besitzt, um zwischen demokratischen und autoritären Formen politischer Herrschaft zu unterscheiden. Ein konservativer Blick kann in diesem Eintritt des »Volkes« in die politische Sphäre nur Gefährdungen der liberalen Demokratie entdecken. Ein kritischer hingegen sieht darin auch die Chance zur Institutionalisierung eines radikalen Begriffs von Demokratie.

Suhrkamp

## Hans-Jürgen Puhle Was ist Populismus?

Was ist »Populismus?« Die Frage ist nicht einfach – und schon gar nicht kurz und bündig – zu beantworten. »Populismus« ist ein sehr weites Feld. Sieht man sich die umfangreiche Literatur an, die zu diesem Thema oder zu einzelnen seiner Aspekte vorliegt, dann findet man die unterschiedlichsten Bewegungen, Ideologien, politischen Interaktionsweisen, Agitationstechniken oder charismatischen Führer klassifiziert als »populistisch«: Die Spannbreite reicht gelegentlich von Mao Tse Tung bis Franz Josef Strauß, von der mexikanischen Revolution bis zum Faschismus, von Fidel Castro zu Peron und Indira Gandhi, von den Verfechtern agrarischer Demokratie im nordamerikanischen Mittelwesten und Süden gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu Jimmy Carter und Ronald Reagan, aber auch zu Joseph McCarthy, dem Kommunistenjäger, und George Wallace in Alabama, dem ehemaligen Segregationisten. Sie reicht von den Bauernparteien der Zwischenkriegszeit in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan bis zu den meisten ost- und westeuropäischen Basisprotestbewegungen der Gegenwart, den Grünen ebenso wie den Roten oder den Schwarz-Roten oder sonstigen Alternativen, den relativ »rechten« wie den relativ »linken«.

Alle diese Bewegungen oder Standpunkte hat man in dem einen oder anderen Zusammenhang »populistisch« genannt. Was kann das Wort mithin bedeuten? Was kann es bezeichnen, das all diesen Richtungen gemeinsam wäre? Kann es überhaupt etwas bedeuten, das hart, klar und analytisch handfest abzugrenzen und zu definieren wäre? Wenn es das Wort nicht schon gäbe, müßte man es wirklich neu erfinden? Verwirrung genug hat es jedenfalls schon gestiftet.

Der Begriff steht ungenau, schillernd und impressionistisch im Raum. Die Literaten und die Leser intellektueller Blätter, vielleicht sogar manche Politiker, meinen irgendwie zu wissen, was gemeint ist, wenn davon gesprochen wird, daß in Europa allenthalben ein neuer »Populismus« umgeht oder daß die Arbeiterprotestbewegung in Polen, die Friedensbewegung, aber auch die bayerische CSU populistische Züge haben. Das Gemeinte bleibt jedoch dif-

fus. Es ist offenbar schwer auf den Begriff zu bringen. »Populistisch« genannte Bewegungen, Ideologien, Agitationsweisen und Führungsfiguren können im Spektrum der Politik sowohl »rechts« als auch »links« einzuordnen sein, sie können konservativ bis reaktionär sein oder progressiv oder beides, bewahren oder reformieren, gelegentlich sogar revolutionieren wollen. Sie können aus den Städten kommen oder vom Land.

Zum Zwecke einer ersten Abgrenzung des Problems können ein paar grobe Linien festgehalten werden: »Populistisch« genannte Bewegungen und Strömungen appellieren an das »Volk« im Gegensatz zu den Eliten, insbesondere an die »einfachen Leute« und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgruppen oder Interessen. Sie sind folglich auch klassenübergreifende Bewegungen, antielitär, gegen das sogenannte Establishment. Selbst ihre intellektuellen Führer geben sich vielfach anti-intellektuell und – in missionarischer Fixierung auf das Glück der »kleinen Leute« – auch liberal und anti-urban. Ein umfassendes und konkretes politisches Sachprogramm ist oft nicht vorhanden, wohl aber ein starkes moralisches Engagement zugunsten einiger weniger Programmpunkte.

Das (meistens nicht explizit definierte) Wohl der »einfachen Leute« sehen Populisten am stärksten bedroht durch die großen Organisationen und Korporationen in Wirtschaft und Politik, Fabriken, Großbanken, Konzernen und Trusts, staatlichen und privaten Bürokratien, Parteiapparaten, Parlamenten und anderen Vermittlungsagenturen zwischen Volk und Regierung. Sie bevorzugen die direkte, unvermittelte Beziehung zwischen beiden und bilden folglich auch meistens keine straff organisierten Parteien, sondern bleiben relativ lose »Bewegungen«. Sie verteidigen die »Kleinen« gegen die »Großen« und gegen das »System«. Ihr Bild von der Gesellschaft ist dichotomisch, das Feindbild in der Regel sehr konkret – wenn auch nach den Umständen wechselnd. Die einfachen Leute haben nicht nur die Mehrheit, sie haben auch die Moral auf ihrer Seite. Geschichte ist für Populisten wesentlich Geschichte von Verschwörungen gegen die kleinen Leute, also Usurpation illegitimer Macht, ein Prozeß des Niedergangs und der Verderbnis. Frühere agrargesellschaftliche Zustände werden vielfach romantisch verklärt, die Notwendigkeit gesellschaftlicher Arbeitsteilung wird oftmals ebenso ignoriert wie die disziplinierender Organisation.

Das Ideal ist der kleine gemeinschaftliche Betrieb, sei es die amerikanische family farm oder der Bauernhof, Genossenschaften unterschiedlichen Typs vom russischen *mir* bis zum mexikanischen *ejido*, oder die chinesische Volkskommune. Populisten können sowohl für den Kapitalismus sein als auch gegen ihn, sowohl für die Industrie als auch gegen sie; in der Regel sind sie für die kleineren, eigenen Unternehmen und Banken und gegen die größeren und fremden. Ihre Forderungen können, müssen aber nicht immer vereinbar sein mit sozialistischen Prinzipien. Ihr Verhältnis zum Staat ist kompliziert und doppeldeutig. Einerseits verlangen sie, daß der Staat stark genug sein soll, um als Agent des Gemeinwohls die kleinen Leute gegen die Übergriffe der Großkorporationen, organisierten Interessenten, Verbände und Bürokratien jeder Art zu schützen, auf der anderen Seite soll er aber selber keine organisierten Strukturen bilden und am besten für die Bürger unsichtbar bleiben. Die Tragik konsequenter populistischer Politik hat in den meisten Fällen darin bestanden, daß sie den Staat weit über das Maß hinaus hat stärken müssen, das ihre Initiatoren für wünschenswert oder verantwortbar hielten.

Die hier aufgezählten, aus dem Vergleich zahlreicher sogenannter »Populismen« gewonnenen sehr groben Definitionselemente sind noch keineswegs vollständig. Sie können aber vielleicht typologisch deutlicher umreißen, um welche Art von Bewegungen und Strömungen es hier geht. Es sind Basisbewegungen ohne spezifischen Klassencharakter, aber mit Massenanhang, oft relativ niedrigem Organisationsgrad, die politische Veränderungen in eine bestimmte Richtung bewirken wollen. Die konservativen oder rechtsliberalen Verteidiger des Status quo gehören ebensowenig zu den möglichen »Populisten« wie die klassenspezifisch definierten Arbeiterparteien der Linken. »Populisten« bewegen sich überwiegend in dem Raum zwischen beiden.

In der Folge möchte ich zum Zwecke des besseren Verständnisses zunächst (I.) kurz auf acht klassische historische Fälle bzw. Typen von Fällen eingehen, in denen sich entweder »Populismus« voll entfaltet hat oder populistische Elemente eine wichtige Rolle spielen, bevor ich (II.) versuche, einige allgemeine Bemerkungen zu den Bedingungen, den Funktionen, den angemessenen »Momenten« und zu einer möglichen Einschätzung populistischer Politik zu machen.

## I. Historische Beispiele

Man hat sich angewöhnt, das Wort »populistisch« für solche Bewegungen und Bemühungen zu reservieren, die in der beschriebenen Weise auf die Neuerungen der »modernen Welt« reagiert haben, also insbesondere auf den Durchbruch der Hochindustrialisierung in den entwickelten Ländern und auf die Durchsetzung des modernen Imperialismus der Industrieländer in den unterentwickelten Ländern der Peripherie, die man heute »Dritte Welt« nennt. Insofern kann ich mich hier auf die Zeit seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beschränken.

Die beherrschenden Traditionslinien der neueren Populismen lassen sich – abgesehen von lokalen Institutionen wie der Schweizer Landsgemeinde oder indianischen Genossenschaften in Lateinamerika – im wesentlichen zu drei Wurzeln zurückverfolgen: zur populistischen Bewegung in den USA in den drei Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende, zum etwa gleichzeitig blühenden russischen Volkstümlertum, dem *narodničestvo*, und zur Propagierung direkter, unvermittelter (Basis-)Demokratie gegenüber der vermittelten repräsentativen parlamentarischen Demokratie seit der französischen Revolution, und vor allem in der Tradition der europäischen sozialistischen Linken während des 19. Jahrhunderts, übrigens der Anarchisten ebenso wie der Marxisten.

Die zwei großen Strömungen, die am Anfang stehen, die amerikanischen populists und die russischen Volkstümler, haben so gut wie nichts miteinander zu tun und sind sehr verschieden gewesen.

Man mag heute sogar bezweifeln, ob die Entscheidung der Übersetzer weise war, das russische Wort »narodnik« in den meisten westlichen Sprachen mit »Populist« wiederzugeben und damit eine Nähe im Begriff zu suggerieren, die in der Sache nicht bestand. Die Populistenbewegung in den USA war eine massenhafte und schlagkräftige soziale und politische Bewegung, deren Forderungen – wenn auch eher indirekt, vermittelt und verzögert – die gesellschaftliche und politische Realität der Staaten während weiter Strecken des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt und verändert haben. Das russische *narodničestvo* war weitgehend ein Konzept von Intellektuellen und Schriftstellern, das keine Volksbewegung provozierte, aber in einem unterentwickelten Land eine weit ausstrahlende ideologische Langzeitwirkung entfaltete, die durch die

ausführliche Kritik, die Lenin an ihm übte, noch verstärkt wurde. Beide sind allerdings in unserem Zusammenhang wichtig.

### 1. Populism in den USA

Die nordamerikanischen Populistenbewegungen waren Protestbewegungen vom Lande gegen die zunehmenden Organisationsendenzen aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche seit dem Durchbruch der Hochindustrialisierung und dem Ende der *reconstruction* nach dem amerikanischen Bürgerkrieg. Sie formierten sich zunehmend seit 1867 gegen die politische Übermacht der Großstädte, die Monopole und Eisenbahngesellschaften, Banken und Trusts, Zwischenhändlerprofite sowie gegen die deflationistische Währungspolitik der Regierung im Zeichen des seit 1873 dekretierten Goldstandards. Sie artikulierten die Interessen der Farmer vor allem des Mittelwestens und Südens, aber auch des Westens und Südwestens, an billigen Krediten und Eisenbahnfrachtsätzen und höheren Erzeugerpreisen für ihre wichtigsten Produkte. Sie forderten die Wiederherstellung des alten und vermeintlich erprobten amerikanischen Ideals der »agrarischen Demokratie« im Sinne Jeffersons und Jacksons.

»Agrarische Demokratie« meint »grass roots«-Demokratie, direkte, unvermittelte, partizipatorische Demokratie, die ausgeht von der überschaubaren Einheit einer relativ homogenen Gesellschaft von Farmerfamilien und auf sich selbst gestellten Pioniersiedlern, die mangels ständischer Tradition keine Bauern im traditionellen europäischen Sinne waren, sondern individuelle kapitalistisch wirtschaftende Privateigentümer. Die Ordnungsfunktionen einer nicht vorhandenen oder nicht wirksamen Staatsmacht von oben wurden in diesem Konzept ersetzt durch Partizipation von unten. Idee und in Ansätzen auch Wirklichkeit der direkt geübten Demokratie reichen in Nordamerika zurück bis in die Kolonialzeit und waren bereits während der Unabhängigkeitskämpfe und der Verfassungsberatungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts als eine breite »radikale« Grundströmung wahrzunehmen. Die direkte Demokratie hat seitdem gleichberechtigt neben den repräsentativen Komponenten im amerikanischen Verfassungs- und Regierungssystem einen der beiden kontinuierlichen Traditionsstränge der politischen Kultur der USA ausgemacht, seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts eng verbunden mit der egalitären, gegen organisierte Partikularinteressen gerichteten Rhetorik vom »com-

mon man«, vom »einfachen Mann«, vom »kleinen Mann«.

Die zunehmende Organisation des Industriekapitalismus hat dieses Konzept gelegentlich in den Hintergrund gedrängt. Es ist aber nicht nur in Krisen wirkungsmächtig wiederbelebt worden wie von den Populisten oder von Roosevelt in den New-Deal-Programmen, sondern es ist ständig präsent geblieben, z. B. in den Institutionen der Schul- und Kommunalverwaltung, der Selbstverwaltung von privaten und staatlichen Hilfs- und Sozialprogrammen, des Wohnungsbaus und der Stadtsanierung, in vielfältigen Gemeinschafts- und Nachbarschaftsprojekten und neuerdings auch in der Bürgerrechtsbewegung und im »Kampf gegen die Armut«.

Dem Ideal der »agrarischen Demokratie« waren alle Populistenbewegungen gleichermaßen verpflichtet, trotz der großen Unterschiede, die sie von Einzelstaat zu Einzelstaat aufweisen mochten, vor allem auch zwischen den Gruppen des Mittelwestens und denen des Südens mit ihren eigenen Interessen, eigener Rhetorik und bunter Folklore. Zu ihren wichtigsten allgemeinpolitischen Forderungen gehörten u. a. die Direktwahl der Senatoren, die Einführung der Vorwahlen (*primaries*), das Frauenstimmrecht, die Möglichkeit der Abwahl der Amtsträger (*recall*), Initiative und Referendum sowie die progressive Einkommensteuer. Die *Farmer's Alliance*, jene Populistengruppe, die die achtziger Jahre dominierte, forderte außerdem den Ausbau der genossenschaftlichen Markt- und Kreditorganisation, die Einrichtung von Postsparkassen, Steuererleichterungen und preisstützende Staatsintervention zugunsten der Landwirtschaft. Ihr parteipolitischer Ableger, die 1891/92 gegründete *People's Party* oder *Populist Party* wurde zur ersten einflussreichen dritten Partei der USA neben Republikanern und Demokraten. Sie konnte zeitweise eine Reihe von Einzelstaaten im Mittelwesten und im Süden erobern.

Die Populisten insgesamt verloren zwar die Präsidentschaftswahlen 1892 und vor allem die mit großem Aufwand gemeinsam mit den Demokraten geführte Bryan-Kampagne von 1896, die sich vornehmlich um die Frage: Goldstandard oder Doppelwährung (also zusätzliche Wiedereinführung des Silberstandards der Währung) gedreht hatte. Ihre Gruppen verkümmerten zunehmend nach der Jahrhundertwende, zumal die Protestbereitschaft der Farmer während des Konjunkturaufschwungs zwischen 1897 und 1920 zurückging. Die populistischen Forderungen wirkten jedoch

weiter und wurden so gut wie alle erfüllt. Die meisten von ihnen wurden von den beiden großen Parteien übernommen, insbesondere von den sogenannten »progressiven« Gruppen in ihnen. Bereits im Jahre 1920 waren die progressive Einkommensteuer, die Volkswahl der Senatoren und das Frauenstimmrecht eingeführt, in zahlreichen Staaten die *primaries*, Initiative und Referendum, in manchen sogar der *recall* durchgesetzt. Die Eisenbahntarife waren staatlich reguliert, die Postsparkassen eingerichtet und bis heute grundlegende erste Gesetze zur Monopolkontrolle, zum Umweltschutz und zur Bodenkonservierung verabschiedet. Ein umfassendes System des staatlichen Agrarinterventionismus wurde seit Ende der zwanziger Jahre, insbesondere im New Deal Roosevelts nach 1933 aufgebaut und besteht noch heute. Die Wirtschaftskrise brachte Anfang der dreißiger Jahre sogar die Abkehr vom Goldstandard. Gemessen an der Verwirklichung konkreter Einzelforderungen und der Wahrung bestimmter Interessen sind die Populisten eine der erfolgreichsten politischen Bewegungen Amerikas überhaupt gewesen.

Die Verwirklichung dieser Forderungen hat allerdings die Tendenzen zum »starken Staat« und zum Ausbau der zentralen Bürokratie gefördert und beschleunigt, insbesondere im Bereich der Agrarpolitik, der Sozial- und Bauprogramme. Franklin Roosevelt und Lyndon Johnson, die Befürworter eines vehementen Ausbaus der staatlichen Interventionsmechanismen, haben sich ebenso auf die populistische Tradition berufen wie deren ideologische Gegner Jimmy Carter und Ronald Reagan. George McGovern, der erfolglose linksliberale Präsidentschaftskandidat der Demokraten von 1972, war u. a. auch ein – sogar literarisch ausgewiesener – Populist in der basisdemokratischen Tradition des getreidebauenden nördlichen Mittelwestens. George Wallace, der frühere Gouverneur von Alabama, stand, was seine Rhetorik, sein Programm, seinen Appell an die »kleinen Leute« und seinen segregationistischen, aber fürsorglichen Paternalismus gegenüber den ärmeren Farmern angeht, fest in der Tradition des südstaatlichen Populismus der Jahrhundertwende.

Ein besonderer Hinweis ist wohl noch nötig auf die kurzfristige – wenngleich im Ganzen erfolglose – Wiederauferstehung populistischer Basisenergien in jenen Bewegungen, die in den dreißiger Jahren gegen das Reformprogramm des Roosevelt'schen New Deal mobil zu machen versuchten. Diese Bewegungen haben zahlreiche

Autoren dazu verführt, den allgemeinen Auseinandersetzungen der Zeit entsprechend, Populismus in seinen Spätformen gelegentlich dem Faschismus oder dem Sozialismus zuzuordnen, was beides hemmungslos übertrieben ist. Die in echt populistischer Manier mit Unterstützung der ländlichen Mittel- und Unterschichten gegen das Partei- und das Business-Establishment etablierte autokratische Entwicklungsdiktatur Huey Longs in Louisiana blieb ein isoliertes Phänomen. Die »linkeren«, regional zeitweise dominierenden Farmer-Labor-Bewegungen des Mittelwestens scheiterten zum einen, weil es Roosevelt vorerst gelang, sowohl die Farmer als auch die Arbeiter in der ihn tragenden neuen Wählerkoalition festzuhalten, zum anderen aber auch, weil ihre Programmatik und Rhetorik die Farmer einseitig als Handarbeiter ansprachen, die Kleinkapitalisten jedoch, die sie gleichzeitig immer auch sind, nicht befriedigten.

Die amerikanischen Populisten hatten das typisch populistische Janusgesicht: Sie konnten hinterwäldlerisch, autoritär, sektierisch-fundamentalistisch und antisemitisch sein und gleichzeitig progressive Sozialreformer und Basisdemokraten. Sie waren aber keine Sozialrevolutionäre oder Sozialdemokraten. Sie machten nicht gegen den Kapitalismus mobil, sondern nur gegen die Einseitigkeiten von dessen privater Organisation, die zeitweise die Industrie und das Big Business begünstigte. Die Farmer waren kapitalistische Unternehmer, aber gegenüber der Industrie waren sie die Kleineren. Der amerikanische Populismus war eine versuchte Revolte kleinerer und mittlerer Unternehmer gegen die ganz Großen, die zwar als Revolte mißlang, in der Form beständiger Reformpolitik aber auf die Dauer Erfolg hatte, wobei man auf die Forderungen der ganz Schwachen und Abhängigen, der Besitzlosen, nicht einmal Rücksicht zu nehmen brauchte, weil die nicht organisiert waren.

Auch die radikalen basisdemokratischen, egalitären und partizipatorischen Forderungen der *populists* waren revolutionär nur in jenem alten Wortsinn, in dem »Revolution« noch eine Wiederherstellung ursprünglicher und dann verdorbener Zustände bedeutet. Sie verlangten weder mehr Demokratie noch mehr soziale Gerechtigkeit, sondern nur die Wiederherstellung der alten, noch nicht so sehr organisierten Form von Demokratie, wie man sie verstand. Ihre Ideologie war primär rückwärts gewandt. Der individuelle Eigentümer und Unternehmer sollte unabhängig von Wirtschafts-

weise, Betriebsgröße und Konjunktur seine wirtschaftliche Freiheit, Gleichberechtigung und Profitance zurückerkennen, die die zunehmende Konzentration, Organisation und Unüberschaubarkeit der Wirtschaft ihm weitgehend genommen hatten. Die dazu in Aussicht genommenen Mittel ebneten gegen die Intentionen ihrer Urheber den Weg hin zu Big Government, zum »starken Staat«, und sie stärkten angesichts der Marktmechanismen am Ende die Größeren und die besser Organisierten.

2. Die russischen *narodniki* sprachen nicht für eine breite Bewegung. Hier formulierten städtische Intellektuelle, die das Heil vom Land, von den Bauern und vom einfachen, traditionellen agrarischen Leben, das sie zweifellos romantisierten, erwarteten, ein Konzept gegen die Veränderungen, die der eindringende Industriekapitalismus auch nach Rußland gebracht hatte. Auch hier revoltierte die Provinz gegen die Großstädte, und man appellierte an den »kleinen Mann«, aber es war doch alles anders als in den USA. Die Stoßrichtung ging nicht nur gegen die Errungenschaften der Aufklärung und das sogenannte »Westlertum«, sie ging gegen den Kapitalismus insgesamt. Die Volkstümpler wollten die Entwicklung noch weiter zurückdrehen und die archaischen Traditionen der alten Agrargesellschaft wiederherstellen, von der sie eine Art natürliche Harmonisierung der Interessen erwarteten. Vor allem meinten sie die kollektiven, genossenschaftlichen Traditionen, die durch eine grundlegende Agrarreform wiederhergestellt werden sollten, und ausdrücklich nicht die bäuerliche Knechtschaft. Ihre Idealfigur war nicht ein kleinkapitalistischer Farmer, sondern der traditionelle russische Bauer, inzwischen zwar individuell befreit, aber nach Moral und Sitte fest im Land und in der kleinen Dorfgemeinschaft verwurzelt, deren alte, unverdorbene Werte er garantierte. Man berief sich nicht auf Jefferson, sondern auf Rousseau, Herder und Adam Müller, die Urväter romantisierender Agrarideologien in Europa. In den seit Mitte der siebziger Jahre unternommenen Propagandazügen »ins Volk« (wie man sagte) machten vielfach die intellektuellen Agitatoren aus der Stadt den Bauern, die davon noch nichts wußten, klar, was alles gerade von ihnen erwartet wurde, ein typisches »Dritte Welt«-Phänomen.

War der nordamerikanische Populismus in seinen hinterwäldlerischen wie in seinen fortschrittlichen Zügen vergleichsweise gemäßigt, gerade weil er seinen Ort noch innerhalb eines kapitalisti-

schen Fundamentalkonsensus der Gesamtgesellschaft hatte, so verhält es sich mit dem russischen *narodničestvo* anders: Das Konzept der Volkstümpler war einerseits in romantisierter Weise reaktionär, andererseits durchaus von zukunftsweisender Sprengkraft: Hier lösten sich Intellektuelle ab vom wirtschaftlichen und politischen Establishment und führten eine Protestbewegung an, die den Kapitalismus ebenso radikal bekämpfte wie das zaristische System.

Hier konnten sowohl Anarchisten wie Sozialisten anknüpfen. Die Zerschlagung des Staats und die Zentrierung der Gesellschaft um kleine, überschaubare Genossenschaften von relativ Gleichen in der Vorstellung Bakunins gehen auch auf Ideen der *narodniki* zurück. Auch viele russische Sozialdemokraten bewerteten die Volkstümpler als eine Art demokratischer Vorläufer. Selbst Lenin bezeichnete 1912 die Volkstumsbewegung der Ideologen als eine wichtige »Ergänzung der Demokratie«, eine Kombination radikaler Agrarreform mit »sozialistischen Träumen und der Hoffnung, den kapitalistischen Weg vermeiden zu können«.

Diese Charakterisierung könnte auch auf eine ganze Reihe von »populistisch« genannten Anstrengungen in der Dritten Welt zutreffen. Hier wird deutlich, daß Rußland vor 1917 ein relativ zurückgebliebenes Entwicklungsland war, dessen Probleme strukturell mit denen heutiger Entwicklungsländer vergleichbar waren. So, wie für heutige Drittweltländer nicht der ursprüngliche Marxismus, sondern erst dessen am russischen Beispiel orientierte Umschreibung für unterentwickelte Länder im Leninismus attraktiv geworden ist, so finden sich auch bestimmte Züge des russischen *narodničestvo* wieder in den populistisch genannten Konzeptionen und Bewegungen der heutigen Entwicklungsländer. Das betrifft insbesondere die enge Verbindung von Populismus und Nationalismus und beider Einsatz als Orientierungshilfe auf der Suche nach neuen, ihnen angemessenen Entwicklungswegen. Der Kapitalismus, den die *narodniki* bekämpften, war der importierte Kapitalismus des weiter entwickelten Auslands, war im Grunde Imperialismus, gegen den die Nation ideologisch zu einen und zu stärken war. Die breiteste soziale Basis dafür können in einem unterentwickelten Land ohne starke Bourgeoisie und ohne zahlreiche Arbeiterschaft insbesondere Nationalismus und Populismus schaffen.

3. Als populistische Bewegungen werden oft auch jene *Bauernbewegungen* und -parteien verstanden, die sich in der Zwischenkriegszeit in den Ländern Ostmitteleuropas und des Balkans bildeten und die oft auch zusammen mit den skandinavischen Bauernparteien unter dem Stichwort »Peasantism« zusammengefaßt werden. Sie waren in der Regel alle sehr stark vom russischen *narodničestvo* und von der romantischen Agrarideologie im Gefolge Herders und anderer beeinflusst, repräsentierten ein relativ einheitliches soziales Milieu, das sie mobilisieren konnten, und machten eine nationalistische, überwiegend konservativ-agrarische Politik, die gelegentlich auch entwicklungsorientiert war und mit der sie in manchen Ländern zunehmend in Konkurrenz zu den christlichen Volksparteien gerieten. Die Wirksamkeit der »grünen Erhebung«, wie sie genannt wurde, wurde vielfach durch die Staatsstürche der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre abgeschwächt oder beendet. Zu nennen sind hier vor allem die Agrar-, Bauern- und Kleinlandwirteparteien der Tschechoslowakei, die polnische Bauernpartei und entsprechende baltische Gruppen, die bulgarische Bauernpartei, der rumänische Poporanismus, die ungarischen Kleinlandwirte und ähnliche Bewegungen in Serbien und Kroatien. Die von einigen dieser Gruppen 1927 gebildete »Grüne Internationale«, das Internationale landwirtschaftliche Büro in Prag, geriet schon in den dreißiger Jahren in vermehrte Konkurrenz zur kommunistischen Bauerninternationale (Chrestintern) und wurde am Ende ein Opfer der deutschen Besetzung und des Kriegs.

4. In manchen dieser zwischeneuropäischen Bauernbewegungen hat es enge ideologische, programmatische oder personelle Berührungen mit frühen *faschistischen* Bewegungen in den entsprechenden Ländern gegeben (z. B. Codreanu). Das hat gelegentlich dazu geführt, daß auch faschistische Gruppen populistisch genannt worden sind. Die Übergänge sind hier in der Tat fließend, insbesondere bei den balkanischen Kleinfaschismen oder auch bei Father Coughlin, dem charismatischen Radiopriester der Anti-Roosevelt-Kampagne in den USA. Auch der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus haben, insbesondere in ihrer Bewegungsphase vor der Machtergreifung, in ihrer sozialen Basis, in Programm, Ideologien und Agitationsweisen starke populistische Züge aufgewiesen. Nicht populistisch waren jedoch schon in dieser ersten Phase ihr politischer Totalitätsanspruch, die Verherrli-

chung der Gewalt, das Führerprinzip, die Parteiarmee, überhaupt die großräumigen korporativen Organisationsstrukturen und der Mangel an basisdemokratischen Einrichtungen. Außerdem sind populistische Bewegungen wesentlich Protestbewegungen von unten gegen das Establishment. Als Träger der Staatsmacht pflegen sie ihren Charakter zu verändern. Abgesehen von den Inhalten völkischer Ideologien, von Verschwörungsmythen der Rhetorik zugunsten des »kleinen Mannes« und einer ähnlichen sozialen Basis gibt es noch eine Ähnlichkeit zwischen Faschisten und Populisten. Sie betrifft die Legitimation des Führers durch caesaristische oder bonapartistische Appelle an die klassenunspezifische Basis im Volk, in direkt-demokratischer Weise, unter Ausschaltung intermediärer Repräsentativkörperschaften. Die relative Häufigkeit charismatischer Führungsfiguren bei den Populisten, übrigens auch der Frauen unter ihnen, trägt dem Rechnung. Sie ergibt sich allerdings auch aus dem Fehlen anderer, z. B. traditional vorstrukturierter Legitimationskriterien und aus dem Charakter einer zunächst lose organisierten Anti-Bewegung.

5. Die Tradition der *direkten Demokratie* ist in den USA von Anfang an in das politische System, das ein Mischsystem ist, integriert worden. In Europa ist dies, mit der Ausnahme einiger Schweizer Kantone, in der Regel nicht so gewesen. Hier sind vielmehr direktdemokratische Konzeptionen und Ordnungsvorstellungen in der Nachfolge der radikalen Cromwellschen Soldatenräte, der Rousseauschen Verehrung für das alte Sparta und der Sektionsräte der Französischen Revolution und der Pariser Commune vielfach als komplette Antithesen und Alternativen zum Parlamentarismus englischer Prägung verstanden worden. Dadurch wurde eine Front aufgebaut zwischen direkter Demokratie und Räte Demokratie einerseits, parlamentarischer Demokratie andererseits.

Während die dominanten Entwicklungslinien in den meisten westeuropäischen Ländern zur parlamentarischen Demokratie hinführten, blieben die direktdemokratischen Forderungen überwiegend im Katalog der Bewegungen der zu kurz gekommenen stehen. Das gilt zum einen für die Arbeiterbewegung und die sozialistische Linke, aber auch für alle anderen Emanzipations- und Protestbewegungen von unten, auch für jene, die man populistisch genannt hat oder heute populistisch nennt. Die meisten



Populistenbewegungen außerhalb der USA haben ihre direkt-demokratischen und basispartizipatorischen Vorstellungen in der einen oder anderen Weise aus der Form aufgenommen, in der sie seit dem 19. Jahrhundert von den Fraktionen der sozialistischen Linken, der Anarchisten wie der Marxisten, systematisiert worden sind. Das gilt z. B. für die deutschen Revolutionäre von 1918 und für die außerparlamentarische Opposition von 1968.

In idealtypischer Zuspitzung geht es hier um Rätedemokratie. Die Räte sind dabei gleichzeitig Organe von Herrschaft und Kontrolle, Erziehung und Kampf, insbesondere in der Übergangsphase der nachrevolutionären Stabilisierung. Sie sind einander möglichst kooperativ und föderativ zugeordnet. Im Gegensatz zu parlamentarischen Prinzipien folgen sie den Leitlinien von Gewaltenkonzentration, imperativem Mandat und Abberufbarkeit der Delegierten, Permanenz der Kontrolle und totaler Öffentlichkeit, Rotation der Mitgliedschaft und der Funktionsträger. Sie streben die Ersetzung der Bürokratie durch direkte kommunale Volkskontrolle an und eine möglichst homogene soziale Zusammensetzung, die jede Sondervertretung in Form von Parteien und pressure groups überflüssig machen soll. Im Idealfall wäre in diesen Gremien so lange zu argumentieren, bis jedes Mitglied überzeugt ist und aus der Einsicht aller einstimmige Beschlüsse zustande kommen. Die Theoretiker der Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg würden dies ebenso erwartet haben wie Herbert Marcuse oder andere Vertreter der Frankfurter Schule.

Es ist hier nicht der Ort, dieses Konzept im einzelnen darzustellen und zu kritisieren. Vielleicht mit der Ausnahme des spanischen Bürgerkriegs haben solche Räte dort, wo man sie bisher versucht hat, selten lange funktioniert. In der Regel sind sie bald von machtbewußten Interessenten und Fraktionen mediatisiert und verformt oder abgeschafft worden, am deutlichsten wohl von Lenin, einem ihrer zeitweiligen Theoretiker. Wahrscheinlich sind sie dem Druck der Interessenten strukturell nicht gewachsen.

Viele der für diese Form direktdemokratischer Vorstellungen charakteristischen Elemente sind jedoch in unseren Breiten eingegangen in die Forderungen und Praktiken heutiger partizipatorischer Basisbewegungen, die man auch populistisch nennt. Um nicht mißverstanden zu werden: Die Rätedemokratie ist nicht populistisch, jedenfalls meistens nicht. Wohl aber propagieren manche Populisten basisdemokratische Prinzipien aus dem Arsenal der

Rätedemokratie. Das ist der Grund, weshalb die letztere hier auch genannt werden muß.

6. Manche Autoren haben auch den chinesischen *Maoismus* eine populistische Bewegung genannt. Ich würde das nicht tun, obwohl ich die Versuchung dazu einsehen kann. Der Maoismus steht klar in der Tradition der kommunistischen, marxistisch-leninistischen Bewegung. Das gilt insbesondere für die Motivationen grundlegender Programmpunkte und für den Aufbau von Partei und Armee. Allerdings ist die Partei, im Unterschied zu den meisten anderen kommunistischen Parteien, ausdrücklich als eine Vielklassenpartei konzipiert, ein unübersehbares Indiz für ausgeprägte populistische Züge. Hinzu kommen die ideologischen Bindungen an traditionelle alte chinesische Grundsätze, die Betonung des Vorrangs von Erziehung und Überzeugungsarbeit und vor allem bestimmte Formen der Organisation von Produktion und sozialem Leben, insbesondere die legendäre Volkskommune, die den Maoismus in den letzten Jahrzehnten, wenn es gerade Mode war, auch für solche Leute hat attraktiv erscheinen lassen, die früher Anarchisten oder *narodniki* geworden wären.

7. Einen besonderen Typ stellen die Populismen in Entwicklungsländern dar, die in der Regel auf das engste mit antiimperialistischen Nationalismen und mit sozialrevolutionären oder radikalreformerischen, entwicklungsorientierten Zielsetzungen verbunden sind. Dies bringt sie typologisch in die Nähe der russischen Volkskämpfer, gelegentlich auch der Drittwelt-Sozialisten, und unterscheidet sie sowohl von den nordamerikanischen Populisten als auch von den meisten gegenwärtigen Basisbewegungen in Europa, die ja in der Regel nur falsch gerichtete Entwicklungen korrigieren wollten oder wollen.

Wer in den Ländern der Dritten Welt dauerhafte Entwicklung anstrebt und ihre ökonomische und politische Abhängigkeit von der entwickelteren Welt abbauen will, muß politische und soziale Ressourcen mobilisieren und möglichst breite Koalitionen zur Abstützung dieser entwicklungsorientierten Politik zusammenbringen. Der Einsatz nationalistischer Ideologie und Rhetorik bietet sich dazu an. Nationalismus fördert die nationale Integration im Lande, läßt sich als Antiimperialismus nach außen wenden, lenkt ab von den sozialen Spannungen und Konflikten im Innern



und rechtfertigt die Zumutung von Opfern ebenso wie den klassenübergreifenden Appell an alle, ans »Volk«. Obwohl der »kleine Mann« und dessen basisdemokratische Partizipation in diesem Zusammenhang nicht so wichtig sind wie das Potential von Entwicklungsfunktionen, weist solcher Nationalismus in Ideologie und Propaganda einen hohen Anteil populistischer Züge auf, die noch verstärkt werden durch die Gegnerschaft zu den etablierten Oligarchien, den breiten Ausbau der nationalistischen Partei im Lande in möglichst allen gesellschaftlichen und Altersgruppen und Produktionssektoren, hohe Mobilisierungsraten, angeschlossene genossenschaftliche Organisationen und die Legitimationsversuche charismatischer Führer durch Umverteilung oder vermehrte Verteilung und Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Massenkontrolle. In diesem Sinne ist z. B. die indische Kongresspartei populistisch genannt worden oder in Schwarzafrika die Herrschaftssysteme von Nkrumah in Ghana, Kenyatta in Kenia und Nyerere in Tansania. Zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Formen, in denen solcher »Entwicklungsland-Populismus« auftreten kann, möchte ich abschließend in dieser Reihe der Beispiele noch kurz auf die zahlreichen Populismen in Lateinamerika hinweisen.

8. In Lateinamerika nennt man (und nennen sich) besonders viele politische Bewegungen »populistisch«. Das mag mit der relativen Nähe und dem terminologischen Einfluß der USA ebenso zusammenhängen wie mit einer gründlichen Lenin-Rezeption unter den linken Intellektuellen. Selbst wenn man den Begriff relativ eng interpretiert und die reformistischen »Radikalen« (d. h. die Linksliberalen), die seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts in Argentinien und Chile, vorher schon in Uruguay, eine staatsinterventionistische Entwicklungspolitik einleiteten, mangels Massenbasis ebensowenig dazurechnet wie die Linksparteien mit eindeutiger Klassenbasis, gibt es nur wenige Länder in Lateinamerika, die keine populistische Bewegung aufweisen oder aufgewiesen haben.

Von »Populismus« spricht man dort nach der berühmten Definition von Torcuato Di Tella insbesondere dann, wenn Eliten aus den Mittelklassen (also nicht aus der traditionellen Oligarchie) die Massen unterhalb der Mittelschichten, also wesentlich Arbeiter, kleine Angestellte, Bauern und die Marginalexistenzen klassen-

übergreifend zu mobilisieren trachten, mit einer nationalistischen und antiimperialistischen Anti-status-quo-Ideologie und zum Zwecke reformistischer oder revolutionärer (»nationalrevolutionärer«) Veränderungen. Zusätzlich zu der staatsinterventionistischen Industrieförderungs- und Erziehungspolitik der ihnen meistens vorangegangenen Radikalen (die sie fortsetzen) fordern die Populisten in der Regel eine durchgreifende Agrarreform. Dies ist ihr wichtigstes Kennzeichen. Darüber hinaus befürworten sie die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, eine arbeiter- und unterschichtenfreundliche Sozialpolitik, den Ausbau der importsubstituierenden heimischen Industrie und einer »mixed economy«, gelegentlich auch die Nationalisierung der Banken. Die lateinamerikanischen Populisten-Bewegungen sind – mit wichtigen Ausnahmen – überwiegend in den Massen der städtischen Bevölkerung verankert, denen sie neue Partizipationschancen und -kanäle anbieten. Sie mobilisieren primär für die Wahlurne, und die unter ihrem Druck in der sogenannten populistischen Periode zwischen 1920 und 1965 vorgenommene Ausweitung des Wahlrechts bis zu über 50% der Bevölkerung hat in den meisten Ländern beachtliche Dimensionen gehabt.

Über diese relativ allgemeinen Feststellungen hinaus scheint es jedoch nur wenige Gemeinsamkeiten zu geben. Die Bewegungen sind höchst verschieden in bezug auf ihre soziale Basis, ihre Mobilisierungskanäle und ihre politischen Interaktions- und Herrschaftstechniken. Wenn man die Feinheiten wegläßt, kann man grob vier Gruppen unterscheiden:

Erstens die in der Regel alle Produktions- und Gesellschaftssektoren umfassenden Systeme zum Zwecke nachrevolutionärer Stabilisierung. Hierher gehören der PRI, die mexikanische Staatspartei der »institutionellen Revolution«, und das bolivianische MNR nach 1952, aber auch die frühe Castro-Bewegung in Cuba, bevor sie nach 1960 leninistisch wurde, und heute vor allem auch die sandinistische Bewegung in Nicaragua.

Zweitens sind die erfolgreichen autoritären populistischen Entwicklungsdiktaturen zu nennen, die gelegentlich in die Nähe des Faschismus gerückt werden, aber nicht faschistisch waren: der argentinische Peronismus und das Vargas-Regime in Brasilien. Beide stützten sich primär auf die städtische Arbeiterschaft, ihre wichtigsten Zubringer- und Mobilisierungsorganisationen waren die Gewerkschaften, ihre Legitimationshilfe wesentlich Vertei-

lungspolitik.

Drittens gibt es eine Gruppe älterer demokratischer Reformparteien, die sich oft auch sozialdemokratisch nennen und eine breite Tradition nicht-autoritärer Entwicklungspolitik mit populistischer Absicherung etabliert haben. Ich nenne nur Haya de la Torres APRA in Peru, Betancourts *Acción Democrática* in Venezuela, den *Partido Liberación Nacional* von Figueres in Costa Rica und Boschs *Partido Revolucionario* in der Dominikanischen Republik. Auch die Gruppen von Arevalo und Arbenz in Guatemala vor 1954, gewisse kolumbianische Linksliberale um Lopez Michelsen und die Bewegung des charismatischen Omar Torrijos in Panama gehören typologisch hierher, ebenso die faktische Regierungskoalition Allendes in Chile. In der Regel stützen sich diese Formationen auf Arbeiter, Angestellte und Bauern in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen.

Eine gänzlich ähnliche Politik verfolgen die jüngeren Gruppen eines vierten Typs, die Christdemokraten, vor allem in Chile, Venezuela und einigen Ländern Zentralamerikas, denen auch die Belaunde-Partei in Peru nahesteht. Sie unterscheiden sich von den älteren »klassischen« Populistengruppen insbesondere dadurch, daß sie in größerem Umfang und mit einigem Erfolg auch die arbeitslose städtische Marginalbevölkerung ansprechen und zu mobilisieren versuchen.

Soweit die Vielfalt dessen, was man im lateinamerikanischen Kontext »Populismus« nennt. Seine Breite spiegelt die auch in anderen Zusammenhängen spürbaren Nachteile einer zunächst formalen Definition, die vor allem abstellt auf die Weisen von Koalitionsbau und politischer Intervention. Einige, insbesondere marxistische Autoren haben versucht, Populismus in Lateinamerika einer bestimmten Epoche zuzuordnen, in der bestimmte, modernisierungstheoretisch inspirierte Entwicklungsstrategien dominierten, die inneren Märkte sich konsolidierten (Cardoso-Faletto) und die Widersprüche zwischen abhängiger Wirtschaft und nationaler Gesellschaft zunahmen (Ianni). Nach Ernesto Laclaus gramscianisch inspirierter Interpretation ist Populismus zunächst vor allem eine raffinierte Umarmungstaktik der herrschenden Klasse zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie, die sie nur bewahren kann, indem sie ans »Volk«, an die Leute appelliert und sich vom verkrusteten oligarchischen Machtkartell der Vergangenheit löst, eine Strategie des Übergangs, der irgendwann konsequen-

terweise im Sozialismus enden müsse. An dieser Interpretation mag manches richtig sein. Insgesamt erscheint sie mir allerdings zu teleologisch. Und gerecht wird sie den unbestreitbaren Reform-, Entwicklungs- und Stabilisierungsleistungen lateinamerikanischer Populismen auch nicht.

## II

Was ist nun Populismus, oder wie sollen wir ihn definieren, angesichts dieser Beispiele und der deutlichen Divergenz der Phänomene? Zweifellos ist der »Entwicklungsländer-Populismus« eine Sache für sich, die uns hier im Moment nicht näher beschäftigen muß. Es bleiben die populistisch genannten Bewegungen in den entwickelten Industriestaaten, um die es nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Zeit stiller geworden war, als man mit guten Gründen den Massen und dem Appell ans »Volk« mißtraute, die aber seit den sechziger Jahren wieder zunehmend in Erscheinung getreten sind. Von den sieben Typen des Populismus, die Margaret Canovan in einem jüngst erschienenen Buch unterschieden hat, ist dies nur einer, nämlich die Variante des *demokratischen Populismus* (oder der populistischen Demokratie). Er tritt heute in Westeuropa wesentlich in zwei Formen auf: einmal als populistische Technik, als populistischer Appell, als gelegentlich mehr oder weniger betontes populistisches Element, als »Populismus der Politiker« in den großen klassenübergreifenden Volksparteien, der Nach-Godesberger SPD ebenso wie in der als Partei neuerstandenen CDU der siebziger Jahre, insbesondere aber in der großen bayerischen Volkspartei, der CSU, in der populistische Agitation und Rhetorik schon eine längere Tradition haben.

Sein anderes Gesicht sind die Protest- oder Verweigerungsbewegungen von unten, deren es viele gibt: Periodisch auftretende Steuerrebellanten wie die Poujadisten in Frankreich oder die Glistrup-Leute in Dänemark, Jugend- und Studentenbewegungen, die Anti-Atom-Bewegung, die alte der fünfziger Jahre gegen die Bombe und die neue der siebziger Jahre gegen die Kraftwerke, die Frauenbewegung, die neue Friedensbewegung und die Ökologen, Wertkonservative wie »Linke« bis hin zu den Grünen und Alternativen. Viele dieser Bewegungen sind in gut populistischer Tradition »single issue«-Bewegungen, die ein weitergehendes politisches

Programm selten aufweisen und sich den Zwängen und Mechanismen des politischen Establishment nicht unterwerfen wollen. Manche von ihnen sind nicht immun gegen die Versuchungen von Gewalt und Terror. Manche sind extrem kurzlebige Protestbewegungen wie z. B. die Neo-Nazis. Und alle repräsentieren sie trotz ihrer Rhetorik in der Regel nicht »das Volk«, sondern Minderheiten, gelegentlich Koalitionen verschiedener Minderheiten.

Eine besonders wirkungsmächtige Variante gewissermaßen gebündelter Protestenergien sind die gegen die Zentralstaaten gerichteten politischen Regionalbewegungen und regionalen Nationalismen in Westeuropa, von den Nordiren bis zu den Korsen, Basken und Katalanen. Auch sie weisen starke populistische Elemente auf, sind aber ihrer sozialen Zusammensetzung nach nicht immer als populistische Bewegungen anzusehen. Die klassenübergreifende *Baskische Nationalistische Partei* z. B. könnte man so interpretieren. Der klassische Katalanismus vor 1939 war dagegen nicht populistisch, weil die ihn tragenden Schichten, jede für sich, in drei verschiedenen Parteien organisiert waren. Der heutige Katalanismus entspricht eher dem Typus der behäbigeren Volkspartei.

Deutschland war immer relativ arm an Bewegungen, die man hätte als »populistisch« interpretieren können. Das liegt nicht nur an der Abwesenheit regionalistischer Bewegungen, die der Föderalismus größtenteils überflüssig gemacht hat, sondern auch an anderen Traditionen, wie z. B. der des Obrigkeitsstaates und der Reform von oben, der mißlungenen bürgerlichen Revolution, der Schwäche gesellschaftlicher Energien von unten und der starken und disziplinierenden organisatorischen Integrationskraft der Verbände der Agrarier und des Mittelstands ebenso wie des katholischen Milieus oder der SPD, die ja auch dem deutschen Anarchismus gemeinsam mit der preußischen Polizei schon sehr früh den Garaus gemacht hat.

Sucht man in der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre Bewegungen, die auch nur von ferne »populistisch« genannt werden könnten, dann trifft man – abgesehen von der jüngsten Vergangenheit – allenfalls auf die ländlichen Antisemitenbewegungen in Hessen und die Stoeckerbewegung der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts und die Landvolk-Bewegungen in Schleswig-Holstein, im fränkischen und im Trierer Raum gegen Ende der Weimarer Republik. Kennzeichnend für beide ist ihr kurzlebiges Dasein als Protestbewegungen. Beide wurden sie relativ bald eingefangen von größeren Organisationen, die ersten vom

großagrarischen Bund der Landwirte, die zweiten vom agrarpolitischen Apparat der NSDAP. Zahlreiche Verbände der völkischen, auch der Jugendbewegung in der Weimarer Republik und die frühe NSDAP waren stark populistisch geprägt, ebenso die weiter links stehenden radikalen Gruppen des Bayerischen Bauernbundes, vor allem in Niederbayern. Eine die deutsche Politik wenigstens zeitweise beherrschende oder prägende Traditionslinie haben diese Bewegungen nicht etablieren können. Populisten in Deutschland blieben lange Zeit wesentlich Protestler. Die Verwandlung der großen Parteien in zunehmend profillose und apparathafte Volksparteien und die Proporzdemokratie, der alle zehn Jahre in einem Sprung fortschreitende Zerfall des politischen Liberalismus, die zunehmende bürokratische Organisation und Verklammerung der Wirtschafts- und Leistungssektoren mit der Politik, der Ausbau des Sozialstaats, der langfristigen Festschreibungen und der sogenannten »Sachzwänge«, auch im Zeichen des kooperativen Föderalismus und der EG-Verordnungen, kurz gesagt: die allerorten geübte Politik des *fait accompli* und der Eindruck von der Machtlosigkeit der Bürger haben insgesamt eine Konstellation geschaffen, die basisdemokratischen Bewegungen neue Chancen gab und sie wohl auch nötiger machte. Dies ist in der Bundesrepublik deutlich sichtbar geworden seit der Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966. Später sind dann insbesondere in den Jahren 1969 und 1982 noch die Erfahrungen damit hinzugekommen, wie wenig sich eigentlich in zentralen Bereichen des sozialen Lebens bei sogenannten »Machtwechseln« zu ändern pflegt.

Die traditionellen Kanäle politischer Beteiligung und Kontrolle können im korporativ verapparaten und scheinbar ziellosen Komplex von Staat und Gesellschaft, je großräumiger dieser ist, um so weniger partizipatorische Energien aufnehmen. Der durch diese Tendenzen gerade provozierte protestlerische Druck von unten muß sich neue Kanäle suchen. Es bilden sich Bewegungen und ganze Subkulturen, in die um so mehr Leute abwandern, je weniger das Establishment Anstrengungen unternimmt, diese neuen Energien zu integrieren, und das heißt, sich zu öffnen, zu verändern, bereit und flexibel genug zu sein, wieder in kleineren Einheiten zu denken und sich den Leuten an der Basis zu nähern. »Small is beautiful« als Antithese zum »Fluch der Größe« (Brandeis). Die große Bedeutung dieser Bewegungen liegt in dem Druck und dem Zwang, den sie auf das organisierte Establishment aus-

üben können. Genau dies aber war auch die historische Funktion der Populisten in den USA. Trotz aller Unterschiede ist es deshalb nicht unverständlich, wenn der Begriff »Populismus« auch zur Kennzeichnung dieser neuen Bewegungen herangezogen wird.

Er bleibt natürlich ein sehr weiter und inhaltlich oft unspezifischer Begriff. Man sollte ihn, glaube ich, um ihn nicht inflationär auf alles anzuwenden, mindestens beschränken auf solche Bewegungen und Erscheinungen, die wenigstens jene formalen Charakteristika aufweisen, die ich versuchsweise am Anfang genannt habe. Vielleicht sollte man überhaupt weniger von »Populismus« reden. Ein Begriff, der, um sinnvoll etwas erklären zu können, erst in sieben oder mehr Untertypen aufgeteilt werden muß, kann zumindest als analytischer Begriff des Vergleichs nicht viel taugen. Es gibt ja auch keinen Populismus als etabliertes System. Gäbe es dies je, wäre es vermutlich unerträglich, ineffizient und höchst anfällig fürs Autoritäre. Ebenso wenig gibt es eine einheitliche populistische Ideologie.

Ich glaube aber nicht, daß wir auf das Adjektiv »populistisch« verzichten sollten. Aufgrund der relativ klar umrissenen Assoziationen, die inzwischen jeder Informierte damit verbindet, kann es in aller Kürze und sehr plastisch eine bestimmte Richtung, Intensität und Farbe von politischen Interaktionsweisen kennzeichnen. Populistisch an die Leute appellierende Bewegungen sind ebenso leicht auszumachen wie populistische Züge und Elemente in der Ideologie oder Mobilisierungsstrategie bestimmter Parteien oder Politiker.

Und es gibt, glaube ich, auch so etwas wie »populistische Momente«. Das sind jene Zeiten der drohenden Verkrustung der Systeme, der Phantasielosigkeit der Etablierten und der notwendigen Erneuerung, in denen solche Bewegungen und Energien ihre positive historische Funktion haben. Auch unsere parlamentarische Demokratie wird wahrscheinlich auf die Dauer nicht funktionsfähig, unsere organisierte, verwaltete und versorgte Gesellschaft nicht tolerant, solidarisch und human bleiben, wenn sie sich nicht dann, wenn es an der Zeit ist, erneuern und reinigen können im Konflikt mit den partizipatorischen, direktdemokratischen und gemeinschaftlich aufs Kleine orientierten und notwendigerweise protestlerischen Basisbewegungen, die unsere Gesellschaft heute Gott sei Dank in hinreichender Anzahl und Stärke hervorbringt.

Mein Eindruck ist, daß wir in diesen Jahren in der Tat einen solchen »populistischen Moment« erleben.

## Helmut Dubiel Das Gespenst des Populismus

Ein Gespenst geht um in der westlichen Welt – das Gespenst des »Populismus«. Viele Mächte haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, die FAZ und Die Zeit, die alte Linke und der neue Konservatismus, einstige französische Radikale und deutsche Polizisten ... Jenes Gespenst, das Karl Marx vor fast 140 Jahren beschwor, hatte eine handgreifliche Realität, und »alle Mächte des alten Europa« wußten, wovon die Rede war. Wer freilich heute dem Geraune der Kolumnisten und Zeitdiagnostiker lauscht, die von der Existenz des Gespenstes Zeugnis ablegen, ist nur verwirrt. Vielen gilt die CSU als eine exemplarisch »populistische« Partei; neuerdings wirft freilich ein ultrakonservativer Kritiker der CDU vor, sie habe ihren Wertekonservatismus durch einen »vagen Populismus« ersetzt. Andere hingegen deuten die von der Alternativbewegung nur ausgedrückten, aber über ihre Grenzen weit hinausreichenden regionalistischen und radikaldemokratischen Strömungen als Zeichen eines »neuen Populismus«. Die ultrakonservativen Steuerstreikbewegungen von Dänemark bis Kalifornien werden gern mit dem Etikett »populistisch« belegt; es ist aber auch üblich geworden, die politischen Grenzen der Durchsetzung einer neokonservativen Wirtschaftspolitik dem Phänomen eines »sozialstaatlichen Populismus« zuzurechnen. Der Wahlfeldzug des linksliberalen Präsidentschaftskandidaten McGovern galt vielen Beobachtern als »populistisch«; »populistisch« motiviert sei – so wiederum andere Beobachter – der konservative Wählerblock, der Präsident Reagan zur Macht verholfen hat. »Populistisch« soll die Popularität des Falkland-Krieges in der britischen Öffentlichkeit gewesen sein; »populistisch« seien aber auch die vielfältigen gegenkulturellen Reaktionen auf die Herrschaft der Massenkultur; beispielsweise in der Veranstaltung autonomer Stadtteilstefen, der Pflege lokalen und regionalen Kulturguts, der Wiedereinführung des Dialekts in der Popmusik. Bis vor kurzem galt Helmut Kohl kraft seiner Anfaßqualitäten als eine exemplarisch »populistische« Politikerfigur, weil er durch seinen biedereren, kleinbürgerlichen Habitus die politische Distanz zum »Volk« zu